

GUTACHTEN IM VERWALTUNGSGERICHTSVERFAHREN SIMBABWISCHER STAATSANGEHÖRIGER

Ihre Fragen kann Amnesty International wie folgt beantworten:

1. Kann festgestellt werden, dass die simbabwische Regierung Erkenntnisse über die Teilnahme an exilpolitisch tätigen Simbabwer_innen an regierungskritischen Veranstaltungen in der Bundesrepublik Deutschland erhält oder ob solche Informationen an die simbabwische Regierung weitergeleitet werden?

Amnesty International hat keine Informationen über konkrete Maßnahmen zur Überwachung exilpolitischer Oppositioneller in Deutschland.

Gleichwohl gibt es immer wieder Berichte darüber, dass die simbabwische Regierung versucht, Einfluss auf exilpolitische Tätigkeiten von Oppositionellen zu nehmen und in bilateralen Gesprächen Auslieferungen für eine Strafverfolgung von bekannten simbabwischen Oppositionellen zu erwirken. Berichten zufolge versuchte die simbabwische Regierung beispielsweise Mosambik dazu zu bewegen, Aktivist_innen auszuliefern, die sie für Demonstrationen im Januar 2019 gegen die Regierung verantwortlich machte. Im August 2019 versuchte sie Druck auf die Regierung in Tansania auszuüben, damit diese eine Versammlung der Zivilgesellschaft zur Situation in Simbabwe auflöse.¹

Im Fall der Kläger_innen erging den Unterlagen zufolge ein Brief der Kläger_innen an die simbabwische Botschafterin in Berlin, der die Menschenrechtssituation in Simbabwe kritisierte. Bei den Kläger_innen handelt es sich den Unterlagen entsprechend um bekannte hochrangige Vertreter_innen der größten Oppositionspartei Simbawes in Deutschland. Die Kläger_innen treten öffentlich für das Movement for Democratic Change (MDC) in Deutschland auf und organisieren öffentlichkeitswirksam Demonstrationen. Der Brief an die Botschaft Simbawes in Deutschland wurde von der damaligen Botschafterin Ruth Masodzi Chikwira beantwortet. Demnach ist davon auszugehen, dass die Botschaft Kenntnis von den Tätigkeiten der Kläger_innen hat. Aufgrund der hohen Stellung der Kläger_innen innerhalb der simbabwischen exilpolitischen Opposition ist ferner davon auszugehen, dass diese Kenntnisse auch an die Behörden in Simbabwe weitergereicht werden und folglich ein hohes Risiko politischer Verfolgung bei einer Rückführung der Kläger_innen bestünde.

Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass politische Repressionen und Verfolgung von Oppositionellen in Simbabwe innerhalb der letzten zwei Jahre erneut stark zugenommen haben und sich derzeit auf einem ähnlich hohen Niveau wie unter dem damaligen simbabwischen Präsidenten Robert Mugabe befinden.

2. Droht Personen aufgrund derartiger Erkenntnisse eine Festnahme oder Inhaftierung oder andersgearteter Übergriff im Falle einer Rückkehr nach Simbabwe durch simbabwische Sicherheitsbehörden?

Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist in Simbabwe stark eingeschränkt. Regierungskritiker_innen aus der politischen Opposition, aus Gewerkschaften, Jugendorganisationen, Menschenrechtsorganisationen und Medien in Simbabwe müssen generell mit Repressionen und Einschüchterungen rechnen, darunter willkürliche Inhaftierungen und Entführungen.

Die aktuelle Gesetzeslage erlaubt es der simbabwischen Regierung sämtliche Kommunikationskanäle zu überwachen. Dies beinhaltet telefonische, postalische und Online-Kontakte. Die Überwachungen werden

¹ US Department of State Bureau of Democracy, Human Rights and Labor, Country Reports on Human Rights Practices for 2019. Zimbabwe, S. 12

gezielt gegen politische und zivilgesellschaftliche Aktivist_innen eingesetzt.² Beispielsweise wies die Regierung im Januar 2019 Internetanbieter an, das Internet abzuschalten. Damit sollte der Austausch von Informationen und die Berichterstattung während der öffentlichen Proteste gegen die Preiserhöhungen für Treibstoff und Lebensmittel eingeschränkt werden. Die Behörden nahmen fünf Personen unter dem Vorwurf fest, Präsident Mnangagwa beleidigt bzw. seine Autorität untergraben zu haben.³

Die Repressionen treffen besonders häufig Mitglieder und Unterstützer_innen der größten Oppositionspartei in Simbabwe, dem Movement for Democratic Change (MDC). So veröffentlichten Sicherheitsbehörden 2019 eine Liste mit gesuchten Individuen, von denen die meisten Mitglieder der MDC oder führende Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft sind.⁴ Als exemplarisch für das Vorgehen der simbabwischen Behörden gegen Oppositionelle kann der Fall von Joanna Mamombe, Cecilia Chimhiri und Netsai Marova angesehen werden.

Joanna Mamombe (Abgeordnete der MDC Alliance für Harare West), Cecilia Chimhiri (stellvertretende Vorsitzende der nationalen Jugendvertretung der MDC(A)) und Netsai Marova (stellvertretende Organisationssekretärin der Jugendvertretung der MDC(A)) wurden am 13. Mai 2020 inhaftiert, weil sie am selben Tag einen regierungskritischen Protest anführten, der die Maßnahmen staatlicher Behörden gegen die COVID-19-Pandemie und die dadurch verschärfte Hungersnot im Land thematisierte. Sie wurden an einer mit Polizeikräften und Soldat_innen besetzten Straßensperre auf der Bulawayo Road in der Nähe von Warren Park in Harare festgenommen.

Anschließend brachten die Sicherheitskräfte die drei Frauen zur Harare Central Police Station, wo sie in ein zweites Fahrzeug umsteigen mussten, das sie angeblich zu einer anderen Polizeistation, der Warren Park Police Station, bringen sollte. Nachdem ihnen Säcke über den Kopf gestülpt worden waren, fuhr man sie zu einem unbekanntem Ort, schlug sie dort auf die Fußsohlen und zwang sie, menschliche Exkrememente zu essen. Außerdem kam es zu sexuellen Übergriffen. Die Polizei bestritt über ihren offiziellen Twitter-Kanal, die Aktivistinnen in ihrem Gewahrsam zu haben. In den frühen Morgenstunden des 15. Mai 2020 wurden die drei Frauen dann in der 87 km von Harare entfernten Stadt Bindura gefunden, mit zerrissener Kleidung und in schlechter körperlicher Verfassung.⁵

Am Tag ihrer Festnahme, dem 10. Juni forderten neun UN-Sonderberichterstatter_innen eine Ende ihrer Entführung und Folter und das umgehende Fallenlassen der Anklagen. Einige Angehörige der Regierung, darunter der Justizminister, der Ständige Sekretär im Ministerium für Medien, Information und Rundfunk, stritten ihr Verschwindenlassen ab und behaupteten, es sei von der Opposition inszeniert worden. Der Justizminister forderte ihre Festnahme. Der Minister für innere Angelegenheiten und Kulturerbe gab eine Erklärung ab, in der er ihre Geschichte anzweifelte und sie beschuldigte, westliche Aufmerksamkeit zu suchen. Er beschuldigte zudem die Ärzt_innen, die sie untersucht hatten, einer regierungsfeindlichen Haltung.

Die Aktivistinnen wurden am 10. Juni desselben Jahres erneut festgenommen, nur wenige Tage nach ihrer Entlassung aus dem Krankenhaus. Zusätzlich zu den Anklagen wegen Störung der öffentlichen Sicherheit und des Verstoßes gegen die Covid-19-Lockdown-Vorschriften wurden sie nun auch nach Absatz 31 (a)(1)(iii) wegen

² US Department of State Bureau of Democracy, Human Rights and Labor, Country Reports on Human Rights Practices for 2019. Zimbabwe, S. 13

³ Amnesty International, Country Report 2019 – Zimbabwe [https://www.amnesty.org/en/countries/africa/zimbabwe/report-zimbabwe/#_ftn1]

⁴ Amnesty International, Open for Business, Closed for Dissent. Crackdown in Zimbabwe during the national stay-away 14-16 January 2019 [<https://www.amnesty.org/download/Documents/AFR4698242019ENGLISH.pdf>], S. 15.

⁵ Amnesty International, Zimbabwe: Drop bogus charges against opposition leaders who suffered sexual assault, 2020, [<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/05/zimbabwe-drop-bogus-charges-against-opposition-leaders-who-suffered-sexual-assault/>]



Kommunizieren oder Veröffentlichen falscher Aussagen, die dem Staat schaden, und nach Absatz 184(1)(f) des Strafgesetzbuchs des Blockierens oder Behinderens der Justiz angeklagt.⁶

Immer wieder nutzen Sicherheitskräfte das Gesetz über die öffentliche Ordnung und Sicherheit (Public Order and Security Act - POSA), um in verschiedenen Städten geplante Proteste zu verbieten, die von der oppositionellen MDC organisiert werden. Im Jahr 2019 erließ die Polizei Verbotsverfügungen, um Proteste in Harare, Bulawayo, Mutare, Gweru und Masvingo zu verbieten. In Harare wurden Menschen, die sich am 16. August 2019 trotzdem zu einer Demonstration versammelt hatten, von der Polizei geschlagen und gewaltsam auseinandergetrieben. Der Organisationssekretär der MDC, Amos Chibaya, wurde festgenommen und musste sich für die Proteste vor Gericht verantworten.⁷

Brian Kembo, Mitglied der MDC, wurde im Juni 2019 in Bindura festgenommen, nachdem er Präsident Mnangagwa eine schlechte Wirtschaftspolitik vorgeworfen hat.

Die Behörden setzen tödliche und exzessive Gewalt ein, um friedliche Demonstrationen aufzulösen. Der UN-Sonderberichterstatter für die Freiheit zur friedlichen Versammlung und Vereinigung erklärte, die Ausübung dieser Rechte sei in Simbabwe nicht nur mit Hindernissen verbunden, sondern berge gravierende Risiken in sich, darunter körperliche Misshandlung und Folter, unverhältnismäßige und exzessive Gewaltanwendung, illegale Auflösungen von Versammlungen und willkürliche Festnahmen, Verhaftungen und Entführungen. Im Jahr 2019 wurden 22 Regierungskritiker_innen dafür angeklagt, zu Protesten aufgerufen oder daran teilgenommen zu haben.⁸

Zwischen dem 14. und 16. Januar 2019 eröffneten Sicherheitskräfte das Feuer auf Demonstrierende in Harare und Chitungwiza. Nach dem 16. Januar wurden Sicherheitskräfte in Wohngebieten eingesetzt, unter anderem in Bulawayo, Harare, Epworth, Dzivarasekwa, Mbare, Gweru, Pumula und Mabvuku. Die Polizei bedrohte auch Journalist_innen, Ärzt_innen und Anwalt_innen und nahm sie fest, wenn sie die Proteste beobachteten oder die Protestierenden unterstützten. Die Sicherheitskräfte setzten Tränengas, Schlagstöcke, Wasserwerfer und scharfe Munition ein, um Demonstrationen aufzulösen.⁹ Sicherheitsbehörden führten landesweit Razzien gegen führende Personen verschiedener Nichtregierungsorganisationen und Oppositionelle durch und verhafteten diese oder beschlagnahmten Pässe von Familienangehörigen falls sie die Gesuchten nicht antrafen.¹⁰

Im Zusammenhang mit den Protesten wurden bis Ende Februar 2019 knapp 1000 Menschen festgenommen, mehr als 300 Personen wurden verletzt und 17 Personen von Sicherheitskräften erschossen. Darüber hinaus wurden in Harare 17 Fälle politisch motivierter sexualisierter Gewalt gegen Frauen durch Angehörige der Sicherheitskräfte dokumentiert. Polizei, Armee und Geheimdienst nahmen willkürlich mehrere Demonstrierende fest, um jeden zum Schweigen zu bringen und einzuschüchtern, der der Teilnahme an den Protesten oder ihrer Unterstützung verdächtig wurde. Viele der Verhafteten waren nicht an den

⁶ Amnesty International, Folter und Anklage aber wenigstens frei, 15. Juli 2020 [<https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/simbabwe-folter-und-anklage-aber-wenigstens-frei-2020-07-15>]

⁷ Amnesty International, Country Report 2019 – Zimbabwe [https://www.amnesty.org/en/countries/africa/zimbabwe/report-zimbabwe/#_ftn1]

⁸ UNHRC, Visit to Zimbabwe. Report of the Special Rapporteur on the rights to freedom of peaceful assembly and of association, 22 May 2020, [https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/A_HRC_44_50_Add.2_E.pdf], S. 10.

⁹ Amnesty International, Country Report 2019 – Zimbabwe [https://www.amnesty.org/en/countries/africa/zimbabwe/report-zimbabwe/#_ftn1]

¹⁰ Amnesty International, Open for Business, Closed for Dissent. Crackdown in Zimbabwe during the national stay-away 14-16 January 2019 [<https://www.amnesty.org/download/Documents/AFR4698242019ENGLISH.pdf>], S. 16.



Demonstrationen beteiligt, wurden aber aufgrund ihrer politischen Haltung festgesetzt. Nur 48 Erwachsenen wurde Freilassung auf Kautionsgewähr gewährt, viele erhielten gar keinen Zugang zu ihren Anwälten.¹¹

In der Welle von Verhaftungen wurden auch 15 Abgeordnete der MDC willkürlich verhaftet. Mehrere Mitglieder der MDC sind seitdem aus dem Land geflohen. Andere MDC-Unterstützer_innen sind innerhalb Simbabwe untergetaucht, da sie befürchteten aufgrund ihrer Teilnahme an Demonstrationen oder ihrer Parteizugehörigkeit verhaftet zu werden.¹²

Der Rechtsanwalt des MDC-Abgeordneten Charlton Hwende sagte Anfang 2019 aus, dass er verlässliche Informationen darüber habe, dass der simbabwische Geheimdienst in Namibia nach seinem Mandanten suche, um ihn zu entführen und nach Simbabwe zurückzubringen.¹³ Charlton Hwende wurde am 5. März 2019 nach seiner Ankunft am Flughafen von Harare festgenommen. Er wurde beschuldigt, sich gegen die verfassungsmäßige Regierung verschworen zu haben. Bei einem Schuldspruch drohen mehr als 20 Jahre Gefängnis. Die Anklage stand im Zusammenhang mit dem dreitägigen Generalstreik vom 14. bis 16. Januar.¹⁴

Allein im Jahr 2019 wurden mindestens 22 Personen wegen Untergrabung einer verfassungsmäßigen Regierung gemäß Paragraf 22 des Strafgesetzbuches angeklagt. Darunter befanden sich Aktivist_innen, Gewerkschaftsmitglieder und Oppositionelle die zu Protesten aufgerufen hatten, solche Aufrufe über soziale Medien unterstützten oder von denen angenommen wurde, dass sie an Protesten teilgenommen oder diese geplant hatten.¹⁵

Gefangene aus politischen Gründen befinden sich unter schlechteren Bedingungen in Gewahrsam als andere Gefangene. Oppositionellen wird häufig der Zugang zu ihren Anwälten und Familienangehörigen verwehrt. Zudem kommt es immer wieder zu Misshandlungen und Folter durch Sicherheitskräfte.¹⁶

In Harare berichteten 14 Jugendliche im Alter zwischen 14 und 18 Jahren, die zwischen dem 14. und 15. Januar festgenommen worden waren, dass sie auf der Polizeistation in Chitungwiza gefoltert worden seien. Nach Angaben ihres Rechtsbeistands konnten sie sich am ersten Tag ihres Gerichtstermins nicht auf den Beinen halten, da man ihnen Schlagstöcke in den Hals und den Anus getrieben hatte.¹⁷

Ferner wurden allein im Jahr 2019 über 40 Personen von bewaffneten Männern mit Masken entführt, gefoltert und später wieder freigelassen oder verschiedener Straftaten beschuldigt, um sie mundtot zu machen. Der Vorsitzende der Lehrendengewerkschaft Amalgamated Rural Teachers Union of Zimbabwe (ARTUZ), Obert Masaraure, wurde beispielsweise am 5. Juni 2019 von einer Gruppe bewaffneter Männer aus seinem Haus entführt und gefoltert. Im August 2019 wurde die Komikerin Gonyeti von maskierten Männern aus ihrem Haus entführt und verprügelt.¹⁸

¹¹ UNHRC, Visit to Zimbabwe. Report of the Special Rapporteur on the rights to freedom of peaceful assembly and of association, 22 May 2020 [https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/A_HRC_44_50_Add.2_E.pdf] S. 9

¹² Amnesty International, Open for Business, Closed for Dissent. Crackdown in Zimbabwe during the national stay-away 14-16 January 2019 [<https://www.amnesty.org/download/Documents/AFR4698242019ENGLISH.pdf>], S. 7.

¹³ Amnesty International, Open for Business, Closed for Dissent. Crackdown in Zimbabwe during the national stay-away 14-16 January 2019 [<https://www.amnesty.org/download/Documents/AFR4698242019ENGLISH.pdf>], S. 17.

¹⁴ <https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/simbabwe-anklagen-gegen-oppositionelle-fallenlassen-2019-04-12>; 13.01.2021

¹⁵ Amnesty International, Country Report 2019 – Zimbabwe [https://www.amnesty.org/en/countries/africa/zimbabwe/report-zimbabwe/#_ftn1]

¹⁶ US Department of State Bureau of Democracy, Human Rights and Labor, Country Reports on Human Rights Practices for 2019. Zimbabwe, S. 11.

¹⁷ Amnesty International, Country Report 2019 – Zimbabwe [https://www.amnesty.org/en/countries/africa/zimbabwe/report-zimbabwe/#_ftn1]

¹⁸ Amnesty International, Country Report 2019 – Zimbabwe [https://www.amnesty.org/en/countries/africa/zimbabwe/report-zimbabwe/#_ftn1]



Am 30. August 2019 kündigte der Krankenhausärzteverband von Simbabwe (ZHDA) in einem Schreiben an den Minister für Gesundheits- und Kinderversorgung und den Staatssekretär für Gesundheit an, dass die Ärzt_innen landesweit ab dem 3. September ihre Arbeit einstellen würden. Sie begründeten ihren Schritt mit ihrer unzureichenden Bezahlung. Dr. Peter Magombeyi hatte das Schreiben als amtierender ZHDA-Vorsitzender unterzeichnet. Infolgedessen wurde er bedroht. Am 14. September gegen 22 Uhr drangen drei unbekannte bewaffnete Männer in das Haus von Dr. Peter Magombeyi im Vorort Budiro von Harare ein und verschleppten ihn. Am Abend des 19. September wurde er lebend, aber verwirrt, im Dorf Nyabira aufgefunden, das etwa 33 Kilometer nordwestlich von Harare liegt. Er gab an, dass er in einem Keller festgehalten und gefoltert worden sei. Es wird befürchtet, dass ihm von seinen Entführern eine unbekannte Substanz injiziert wurde. Die Regierung von Simbabwe tat die Entführung als vorgetäuscht ab. Der Staatssekretär im Geheimdienstministerium und Regierungssprecher, Nick Mangwana, bezeichnete Dr. Peter Magombeyi – offenbar in Anspielung auf eine retrograde Amnesie – auf Twitter als "retrograden Lügner".¹⁹

Immer wieder kommt es auch zu Verhaftungen von Regierungskritiker_innen aufgrund ihres Engagements im Ausland.

So wurden George Makoni, Tatenda Mombeyarara, Gamuchirai Mukura und Nyasha Mpahlo bei ihrer Ankunft am Flughafen Harare am 20. Mai 2019, Farirai Gumbonzvanda am 21. Mai, und Sitabile Dewa und Rita Nyamupinga am 27. Mai festgenommen. Die sieben Aktivist_innen hatten vom 15. bis 17. Mai 2019 an einem Training des Zentrums für gewaltlose Aktionen und Strategien CANVAS auf den Malediven teilgenommen. In dem Workshop ging es um zivilgesellschaftliches Engagement, politische Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit sowie Kommunikation. Die Anklage lautet auf "Untergrabung einer verfassungsrechtlichen Regierung" nach Paragraph 22 (2) des simbabwischen Strafrechts (Codification and Reform Act). Darauf stehen mehr als 20 Jahre Haft.²⁰

Auf regierungskritische Demonstrationen der simbabwischen Exilgemeinde in London anlässlich eines Besuchs des simbabwischen Außen- und Handelsministers in Großbritannien reagierte die Regierung mit den Worten "Die Gewalt bei Protesten, die wir in Simbabwe erleben und auf die die Sicherheitskräfte reagieren müssen, hat nun ihr hässliches Haupt auch im Ausland erhoben..." und versuchte, das harte Durchgreifen der Sicherheitskräfte in Simbabwe zu rechtfertigen.²¹

In den vergangenen zwei Jahren hat sich die simbabwische Regierung bemüht ein Klima der Angst zu schaffen, mit dem Ziel Kritiker_innen zum Schweigen zu bringen. Das Militär hat in Simbabwe in der Folge wieder deutlich an Einfluss gewonnen. Nach allen Amnesty International vorliegenden Erkenntnissen muss aufgrund des Bekanntheitsgrades und der hohen Stellung in der MDC Deutschland bei einer Rückführung der Kläger_innen nach Simbabwe von einem hohen Risiko von Verhaftung oder anderweitiger politischer Verfolgung ausgegangen werden.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Informationen weitergeholfen zu haben.

Mit freundlichen Grüßen

¹⁹ Amnesty International, Verschwundener Arzt gefoltert aufgefunden, 23. Oktober 2019 [<https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/simbabwe-verschwundener-arzt-gefoltert-aufgefunden-2019-10-23>]

²⁰ <https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/simbabwe-aktivistinnen-gegen-kaution-frei-2019-08-01>; 13.01.2021

²¹ <https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/simbabwe-aktivistinnen-gegen-kaution-frei-2019-08-01>; 13.01.2021



Franziska Ulm-Düsterhöft
Koordination Afrika

